

Perspektive Sozialliberalismus?

Gespräch mit Jürgen Dittberner

Zwischen politischer Romantik und konkreter Machtperspektive

Prof. Jürgen Dittberner, geb. 1939, ist seit 1993 Professor für Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Parteienforschung an der Universität Potsdam. Er hat mehrere Bücher zur Geschichte der FDP geschrieben. Seine jüngste Buchveröffentlichung: Große Koalition – kleine Schritte. Politische Kultur in Deutschland erschien 2006 im Verlag LOGOS. Der aktive Freidemokrat war unter Wissenschafts- und Kulturminister Hinrich Enderlein Staatssekretär in der Brandenburger Ampelkoalition von 1990 bis 1994. Er war stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner FDP. Von 1975-1985 gehörte er dem Berliner Abgeordnetenhaus an. – Norbert Seitz sprach mit ihm im Januar 2007 in Potsdam.

NG/FH: Sozial ist zur Zeit »in«, seit der Ausgang der Bundestagswahl 2005 großspurig als »Niederlage des Neoliberalismus« interpretiert wurde. Nicht nur die Union in Gestalt von Jürgen Rüttgers, sondern auch die FDP möchte sich über das Thema Soziales profilieren. Verbirgt sich dahinter mehr als nur eine rhetorische Kosmetik?

Jürgen Dittberner: Es ist schon ein ernsthafter Wunsch in der FDP, das soziale Thema stärker zu betonen und deutlich

zu machen, dass mit liberaler Politik auch soziale Taten vollbracht, insbesondere Arbeitsplätze geschaffen werden. Sie haben sicherlich bei der letzten Bundestagswahl 2005 gemerkt, dass man mit einem rein marktwirtschaftlichen oder neoliberalen Kurs verstandesmäßig nicht weiterkommt; d.h. dass man das liberale Moment auch emotional vertreten muss. Hier hat man offenbar auch aus der eigenen Geschichte gelernt, denn selbst die alte rechtsstehende FDP hat immer gesagt, das Unternehmertum sei dazu da, um den werktätigen Massen Arbeit zu verschaffen. Dieses Moment ist nach der Zeit von Lambsdorff, Rexrodt oder Helmut Haussmann zunächst einmal verloren gegangen. Stattdessen wurde ein rein neoliberales Globalisierungskonzept vertreten mit einer eher unverständlichen Sozialprogrammaturik.

NG/FH: Dennoch sagt Guido Westerwelle, eine sozialliberale Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Liberalen sei eine Mär. Andere sehnen sich aber nach Dreierbündnissen, um den beklagten Stillstand der Großen Koalition zu beenden. Was könnte aus Ihrer Sicht eine Ampel mit der SPD oder eine *Jamaika*-Koalition mit der Union mehr und besser leisten als die derzeitige Große Koalition?

Dittberner: Die Ampel würde in stärkerem Maße staats- und bürokratiekritisch vorgehen können, und sie könnte auch stärker als die jetzige Koalition soziale Versorgungssysteme überprüfen. Sie würde da unbefangener herangehen und insgesamt etwas unbürokratischer sein als die jetzige Koalition. Aber größere Projekte sind auch von der Ampel nicht zu erwarten.

NG/FH: Unter Sozialliberalismus versteht man in den Politikwissenschaften konkret die Hinwendung zu einem vorsorgenden Sozialstaat, konsequenten Anti-Paternalismus, mehr Eigenverantwortung, eine Orientierung am »Sozialbürger« und ein mehr steuer- als beitragsfinanziertes Sozialsystem. Dies wird mittlerweile auch von den Sozialdemokraten weitgehend akzeptiert. Glauben sie, dass der Sozialliberalismus jenseits des Neoliberalismus eine politische Perspektive hat?

Dittberner: Jedenfalls nicht mit der Organisation der derzeitigen FDP. Ich bin ohnehin der Auffassung, dass die klassischen Attribute wie sozial, liberal oder grün in ihrer besonderen Hervorhebung für die Parteien nicht mehr so maßgebend sind wie früher. Alle versuchen ein bisschen davon zu sein. Die FDP vertritt derzeit – auch noch in der Opposition – einen überwiegend neoliberalen Kurs. Sie versucht, von einer klassisch liberalen Position aus eine vernünftige Sozialpolitik zu begründen, indem sie den Unternehmern und Mittelschichten Freiheiten geben möchte, um wirtschaftliche Kräfte frei zu setzen und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Tatsächlich lässt es sich nicht beweisen, ob diese Rechnung auch aufgeht. Es ist also ganz merkwürdig: Die Partei, die sich »liberal« nennt, vertritt hier eine Position, die man nur glauben kann. Aber für den Glauben ist sie ja eigentlich nicht zuständig.

NG/FH: Die FDP ist unter Kinkel am Ende der Ära Kohl als relativ profillose Bürgerblockpartei untergetaucht. Danach hat Möllemann mit seinem *Projekt 18* das

größtenwahnsinnige und tragisch endende Gegenteil versucht – mit einem Kanzlerkandidaten, Volksparteienanspruch und einer Äquidistanz gegenüber beiden großen Parteien. In der dritten oppositionellen Legislaturperiode heißt es nunmehr, die Partei sei langweilig und unaufgeregt, bis zur Bedeutungslosigkeit erfolgreich, ohne Markenkern und dauerhafte existenzsichernde Wählerschaft. Gleichzeitig hat man manchmal den Eindruck, dass die FDP, wenn man von der LINKSPARTEI einmal absieht, inhaltlich die dogmatischste und am wenigsten flexible Partei im deutschen Parteienspektrum ist.

Dittberner: Was die Lehre der reinen Marktwirtschaft, den Ordoliberalismus, betrifft, ist dieser Eindruck sicher richtig. Die FDP ist einerseits dogmatisch, andererseits ist insbesondere auch Guido Westerwelle jemand, der versucht, sich immer wieder neu zu orientieren und Veränderungen in der Parteienlandschaft auf sich wirken zu lassen. Die Partei hat sehr wohl gemerkt, dass man mit Marktwirtschaftsbekennnissen allein keinen Wählerzuspruch steigern kann. Deswegen denkt man auch darüber nach, wie können wir das sozialpolitisch kompensieren und schlägt zum Beispiel das Bürgergeld vor. Dahinter ist aber noch kein dezidiert sozialliberaler Impuls zu sehen, auch etwas konzeptionell für die Arbeitslosen, die Ärmere oder gegen die Zweiteilung der Gesellschaft zu unternehmen. Das Soziale bleibt ein *Appendix* von liberaler Politik. Gegenüber den Großparteien, welche sich um soziale Gerechtigkeit bemühen müssen, kommt den Liberalen nur die Funktion eines Stichwortgebers zu.

NG/FH: Schauen wir zurück. Eine Frage an den Parteihistoriker: Was ist von der sozialliberalen Koalition über die berühmte Ost- und Entspannungspolitik vor allen Dingen gesellschaftspolitisch geblieben? Ist überhaupt etwas geblieben?

Was hat Sozialliberal Paradigmatisches geleistet?

Dittberner: Die Ostpolitik ist schon ein wichtiger Punkt gewesen, außerdem die von Schmidt betriebene Nachrüstung, die sicher mit zur späteren Wiedervereinigung geführt hat. Hinzu kommt die Betonung der Menschen- und Freiheitsrechte in der fortentwickelten, postindustriellen Gesellschaft oder das Thema Weiterentwicklung der Mitbestimmung. Es gibt auch heute noch Gemeinsamkeiten, was sich erst jüngst bei der Ablehnung von Schäubles Vorschlag gezeigt hat, der Bundeswehr unter bestimmten Umständen das Recht zu geben, entführte Flugzeuge abzuschießen. Die Wahrung der Grundrechte ist gewiss ein Punkt, der aus dieser Zeit geblieben ist. Im Übrigen ist aber die sozialliberale Zeit

aus meiner Sicht eine Phase, die einen Ausreißer in der Geschichte der FDP darstellt. Man müsste heute sehr viel verändern im Ideologischen und Personellen, um zu diesem Koalitionsmodell zurück zu kehren.

NG/FH: Parteiprogramme leisten nur noch Rituelles. Es gab nur zwei Parteiprogramme in der Geschichte der Bundesrepublik, die auch eine starke Symbolwirkung nach außen hatten, nämlich das *Godesberger* der SPD von 1959 und das *Freiburger Programm* der FDP von 1971. Letzteres stand für einen intellektuellen Entwurf des Sozialliberalismus. Es schien aber – anders als Godesberg – nach innen keine nachhaltige Wirkung hinterlassen zu haben, denn schon in Freiburg wurde der Grundstein für die Fortschreibung des Programms 1977 auf dem Kieler Parteitag gelegt. Welche Bedeutung hatte und



Stephan Falk

Der Berliner Parteienforscher und FDP-Experte

Jürgen Dittberner: »Westerwelle und Claudia Roth – ist das vorstellbar?«

hat das *Freiburger Programm* noch für die heutigen Liberalen?

Dittberner: Nach meiner Einschätzung hat es für die Partei nur eine historische Bedeutung. Das jüngste Programm der FDP ist das *Wiesbadener* von 1997. Zwischen ihm und Freiburg bestehen große Unterschiede. Die FDP müsste als Oppositionspartei den Versuch unternehmen, die interessantesten Köpfe der Republik zu sammeln, um den Liberalismus aktuell zu definieren. Stattdessen handelt man sich von Formel zu Formel – wie jetzt an die von der »vergessenen Mitte« oder an einen unverständlichen *Fairness*-Begriff. Hinzu kommt bei allen Liberalismus-Bekennnissen: Die Partei schmort zu sehr im eigenen Saft.

NG/FH: Es gab das sozialliberale Landesmodell in Rheinland-Pfalz, das von 1991 bis 2006 unter den Ministerpräsidenten

Scharping und Beck überraschend harmonisch verlaufen ist, denn immerhin war und ist die dortige FDP eher konservativ, mittelständisch und wirtschaftsliberal eingestellt. Ist das Modell übertragbar auf andere Länder oder war das Bündnis an Rhein und Mosel nur auf kompatible Persönlichkeiten zugeschnitten?

Dittberner: Ich glaube, das Persönliche spielt dabei eine große Rolle. Außerdem gibt es in Rheinland-Pfalz noch ein liberales mittelständisches Milieu, das bundesweit so nicht mehr eine Rolle spielt. In Mainz haben sich die Pragmatiker in beiden Reihen zusammengetan. Da sind keine großen Ideologen und Theoretiker am Werke, sondern solche, die wie Kurt Beck Politik vor Ort betreiben. Diese Koalition hat als Alternative zur sonstigen Orientierung der Partei hin zur Union einen nicht geringen strategischen Stellenwert. Man wollte sich immer eine

Option zur anderen Seite hin offen halten. So etwas muss natürlich auch von innen – konkret: im Landesverband – getragen werden.

NG/FH: Was müsste denn die SPD aus Ihrer Sicht leisten?

Dittberner: In der SPD bewegt sich derzeit einiges in die richtige Richtung. Die *Agenda 2010* hat gezeigt, dass man dort auch bereit ist, Konsequenzen aus Fehlentwicklungen zu ziehen. Gerade beim Bürgergeld oder beim Vorstoß zur negativen Einkommenssteuer wie in den USA oder Großbritannien gibt es Berührungspunkte. Ich sehe es insbesondere auch beim Thema Grundrechte, wo man durchaus zusammenkommen könnte.

NG/FH: Stimmt das so, denn die SPD hat ja unter Schily einen ziemlich starken *law and order*-Kurs gefahren, während die klassischen Bürgerrechtsliberalen, wie Burkhard Hirsch, Gerhart Baum oder

Gespräch an der Universität Potsdam: »Die Bonner sozialliberale Koalition war ein Ausreißer in der FDP-Geschichte«. Die Fragen stellte Norbert Seitz.



Stephan Falk

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mit Erfolg gegen den Großen Lauschangriff in Karlsruhe zu Felde gezogen sind. Auch in der Folter-Debatte gab es im Einzelnen durchaus unterschiedliche Haltungen. Umgekehrt wäre zu fragen, wie wichtig der Westerwelle-FDP das Thema Bürgerrechte überhaupt noch ist.

Dittberner: Eine Zeitlang hat man gesagt, es gehe nicht darum, dass die Bürger dem Staat misstrauten, sondern die Bürger sollten dem Staat die eine oder andere Aufgabe überlassen. So redete einst Westerwelle. Das tut er aber inzwischen nicht mehr. Aber je flexibler und wandlungsfähiger er sich gibt, desto mehr merkt man, dass da kein Herzblut dahinter ist. Andererseits muss man sehen, dass sich gerade nach dem 11. September 2001 die FDP in Fragen der Inneren Sicherheit eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat, weil man nicht als jemand dastehen möchte, der bei der Terrorismusbekämpfung nicht alles getan oder gar versagt hat.

NG/FH: Ein sozialliberales Bündnis scheint in einem Fünf-Parteien-System nur als Ampel vorstellbar. Vor dem Rostocker Kongress im letzten Jahr hat der Kieler FDP-Chef Wolfgang Kubicki deshalb auch geraten, das erste, was ein künftiges Dreierbündnis zu leisten habe, sei eine Verständigung zwischen Liberalen und GRÜNEN. Nun liest man vieles über erste Gespräche in der Opposition. Täuscht der Eindruck, dass hier aus ehemals Spinnfeinden plötzlich auch Verwandte über drei Ecken werden könnten? Welche Schnittmengen gibt es?

Dittberner: Ich stimme dem zu, dass erst eine Gesprächs- oder Kooperationsbasis zwischen den GRÜNEN und der FDP geschaffen werden müsste. Das Problem ist aber leider, dass es enorme mentale Vorbehalte auf beiden Seiten gibt. Die GRÜNEN sehen die FDP als die Turbokapitalisten, und die FDP sieht die GRÜNEN als die Staatsgläubigen und die späten 68er. Insbesondere Westerwelle reitet dieses The-

ma unentwegt. Andererseits gibt es z.B. Schnittmengen in Bürgerrechtsfragen, sicherlich auch in Fragen der Beurteilung des Sozialstaates. Insgesamt ist es aber ein sehr weiter Weg, weil man nicht vergessen darf: Es handelt sich hierbei um Konkurrenten. Eine Koalition mit der FDP und den GRÜNEN, ob unter Führung der Union oder der SPD, wird für die große Partei jeweils kein Zuckerschlecken.

NG/FH: Die FDP ist derzeit die einzige Partei, die eine positive Mitgliederentwicklung aufzuweisen hat. Was tut sich an der urbanen Basis, also im großstädtischen Milieu? Gibt es da neues, jüngerer, sozial sensibleres Mitglieder- und Wählerpotenzial? Wie sehen Sie die Entwicklung?

Dittberner: Unter den Blinden ist der Einäugige König, denn die Parteien haben im Grunde genommen alle nur wenig Mitglieder. Auch 60.000 FDP-Mitglieder sind bei einer Einwohnerzahl von 82 Millionen keine gewaltige Größe. Die Bereitschaft, sich in Parteien zu engagieren, ist insgesamt rückläufig. Das ist auch bei anderen Organisationen so. Zur FDP kommen eben doch überwiegend Leute, die davon überzeugt sind, dass man mit eigener Leistung und Kraftanstrengung, eigenem Können und Wissen in dieser Gesellschaft nach vorne kommen kann. Solche Mitglieder haben also das neoliberale Credo auch für sich persönlich als Lebensstil akzeptiert. Zur FDP kommen keine Arbeitslosen oder *Hartz IV*-Empfänger, sondern solche Leute, die sich für stark und gut genug halten, in der Gesellschaft etwas zu werden. Die sehen die FDP in gewisser Weise auch als soziales Milieu an, das freilich nicht so groß ist, um die Partei insgesamt auf über zehn Prozent zu bringen.

NG/FH: Sollte die Große Koalition scheitern, sähen Sie für die *Jamaika*-Koalition bundesweit eine größere Chance als für Kurt Becks Ampel?

Dittberner: Wenn es nach der FDP gehen würde, bekäme wohl *Jamaika* den Vorzug. Leider hat die FDP nach der Bundes-

tagswahl 2005 ziemlich abrupt und rüde die Möglichkeit einer Koalition oder Zusammenarbeit mit der SPD verworfen. Inzwischen hat sich etwas geändert. Heute würde man eher darüber nachdenken und wäre wohl Gesprächsbereit. Auf kommunaler oder Landesebene sollte auch eine Annäherung zwischen Liberalen und GRÜNEN möglich sein, insbesondere in Berlin, wo sich beide Parteien schon relativ nah sind. Ansonsten bin aber eher skeptisch, ob das menschlich, emotional und politisch überhaupt geht. Vielleicht müsste erst noch eine neue Führungsgeneration in beiden Parteien nach oben kommen.

NG/FH: Der personelle Faktor, der damals 2005 nach der Bundestagsneuwahl gegen jede Zusammenarbeit zwischen Liberalen und GRÜNEN sprach, hieß Joschka Fischer, der auf jeden Fall das Außenressort für sich beansprucht hätte, was schon des-

halb nicht gegangen wäre, weil die FDP bei den Wahlen besser abgeschnitten hat als die GRÜNEN. Nach seinem Politikausstieg gibt es keinen Außenministerkandidaten der GRÜNEN mehr.

Dittberner: Gewiss, aber dafür gibt es Claudia Roth und ihre ganze Klientel, die man sich an der Seite der Liberalen kaum vorstellen kann. In der FDP gibt es schwere Bedenken, zum Beispiel das Vorurteil: Das sind die Alt-68er, die Berufsfaulenzler, die mit dem Sozialstaat aufsteigen oder wie Westerwelle einmal gesagt hat: Die haben damals mit einem soziologischen Vierer-Examen immer noch einen Job beim Staat gefunden. Vielleicht findet ja im Moment ein Umdenken statt. Denn wenn Machtfragen anstehen, sind manche menschlichen und ideologischen Hindernisse auch überwindbar.

NG/FH: Herr Prof. Dittberner, vielen Dank für dieses Gespräch.

Dokumentation

Claus Offe

Was ist »Sozialliberalismus«?

Charakteristik einer neuen Gesellschaftspolitik

Erstens: Sowohl marktliberale wie sozialliberale Politiken unterscheiden sich von den kontinentaleuropäischen (»Bismarck'schen«) gesellschaftspolitischen Traditionen dadurch, dass sozialpolitische Leistungssysteme mit Vorrang »vorsorgend«, genauer: zur Eigenvorsorge befähigend ausgelegt sind. Bedarfs- und Notlagen sollen nicht *ex post* nach einem Äquivalenzkalkül kompensiert, sondern *ex ante* in der Weise vermieden werden, dass die potenziell von ihnen Betroffenen dazu befähigt werden, ihnen (ausreichende Um- und Weitsicht, sozusagen die Solidarität der Akteure mit ihrem eigenen zukünftigen Selbst immer vorausgesetzt!) aus dem

Wege zu gehen bzw. sie durch eigene Anpassungsleistungen zu bewältigen. Was in den Ansätzen der sozialliberalen Sozialpolitik vorherrscht, ist eine *downstream*-Perspektive: sie schafft im angestrebten Idealfall eine materielle und qualifikatorische »Grundausrüstung« als zureichende Voraussetzung für das Gelingen einer in der Zukunft liegenden individuellen Erwerbsbiografie, während die Bismarck'sche Tradition einer *upstream*-Logik folgt, indem sie in vorausliegenden Lebensphasen bereits erbrachte Erwerbserfolge durch (eingeschränkt) proportionale Lohnersatzleistungen und andere soziale Rechte honoriert. Aus dieser Sicht ist die